

Hauptsache das Gesicht wird gewahrt

Internationale Menschenrechte in Thailand

Menschenrechte sind ein zentrales Element der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft in Thailand. Die Führungsschichten des Landes sind der Meinung, dass Macht und Verantwortung auf zwei Ursprünge zurückzuführen sind.

John Walsh

Die Royalisten, deren Geschichtsbild größtenteils durch König Ramkhamhaeng geprägt wurde, glauben, dass es die Aufgabe des Monarchen ist, Gerechtigkeit walten zu lassen und Ressourcen zu verteilen. Der König ernannte prominente Gemeindeglieder, die in seinem Sinne über ein bestimmtes Gebiet herrschten. Während die meist männlichen, auserwählten Personen Abgaben von den Dorfbewohnern erhielten, konnten letztere im Fall von Schwierigkeiten den König um Schutz bitten.

Ein anderes Geschichtsbewusstsein wird insbesondere von vielen Akademikern und Historikern, wie Professor Charnvit Kasetsiri, vertreten. Ihrer Meinung nach lebten die meisten Thailänder in Frieden und Harmonie in souveränen, von der Außenwelt abgeschiedenen Gemeinschaften. Diese autarken Dörfer wurden von Ältesten verwaltet, die zuvor von der Gemeinschaft ernannt wurden. Wenn Handel zwischen verschiedenen Dörfern betrieben wurde, so war dieser stets fair und fand ohne externe Marktregulierungen statt. Abgesehen von den Mönchen gab es keine zusätzliche höhere Verwaltungsebene. Diese Gemeinschaftsform beschränkte sich nicht auf die modernen Grenzen Siams oder Thailands, sondern war überall dort zu finden, wo Menschen als Thailänder anerkannt wurden und ähnliche semi-anarchische Bedingungen herrschten.

Tugend überwiegt Wissen

In beiden Geschichtsbildern basieren Grundrechte und Gerechtigkeit auf einem Klassensystem. Im ers-

ten Fall obliegt es dem König Ressourcen zu verteilen und Recht zu sprechen. Im zweiten Beispiel wird den Dorfältesten die gleiche Ermächtigung erteilt. In beiden Modellen mangelt es den Gesetzen und Regulierungen allerdings an System und Kodifikation. Im Gegensatz zur Khmer-Lehre ist die Regierungserklärung Ramkhamhaengs eher vage hinsichtlich der Verteilung der Ressourcen. Tugend wird als ein entscheidendes Element berücksichtigt. Sowohl der König als auch die Dorfältesten dürfen nur herrschen, wenn sie tugendhaft sind und nach den Regeln des Buddhismus leben. Als Beweis für ihre Tugendhaftigkeit gelten Taten, die in vergangenen Leben vollbracht wurden. Machthaber müssen also nicht nur über Macht und Reichtum, sondern auch über Moral und Legitimität verfügen. Das System wird zusätzlich gestärkt durch den buddhistischen Glauben, dass der Verdienst einer Tat nicht in ihrer Natur oder ihren Folgen liegt, sondern in den Absichten der Person, die sie vollbringt. In der modernen Gesellschaft obliegt es Richtern die Absichten von Personen zu beurteilen. Aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihrer Tugend gilt es als illegal ihr Urteil zu kritisieren. Diese Ansicht zeigte sich bei den jüngsten Fällen von Verleumdung, bei denen hochrangige Personen von allen Anschuldigungen freigesprochen wurden mit der Begründung, dass sie keine bösen Absichten hatten. Im Gegensatz dazu können Menschen, denen ein schlechter Charakter nachgesagt wird, sehr leicht einer kriminellen Handlung beschuldigt werden, die nicht als solche gegolten hätte, wäre sie von einer Person mit einem vermeintlich guten Charakter begangen worden. Bei den aktuellen Fällen von Majestätsbeleidigung wurde ähnlich argumentiert; da nur Personen mit schlechtem Charakter eine derart ehrbare Institution beleidigen können, müssen diese Personen per Definition schuldig sein. Mögliche Widersprüche in dieser Argumentationskette werden durch Schweigen kaschiert.

thailand

34



Der Autor ist Lehrbeauftragter für Marketing und Kommunikation an der Shinawatra Universität in Bangkok.

Dennoch haben diese Fälle dazu beigetragen, dass die Menschenrechtslage in Thailand überwacht wird. Die Personen, die für die Einhaltung der Menschenrechte zuständig sind, besitzen jedoch nicht zwangsläufig das nötige Wissen, um adäquate Urteile fällen zu können. In vielen Fällen wurden Personen ernannt, denen ein guter Charakter nachgesagt wird und die deswegen andere Menschen und deren Handlungen beurteilen sollen. Hierbei sind der Inhalt und der Hintergrund der Handlung der moralischen Wertigkeit untergeordnet. In einem Brief an den Vorsitzenden des internationalen Koordinierungsausschuss der nationalen Institutionen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte bemängelte der Geschäftsführer der *Asian*

Human Rights Commission in Hongkong, Thailands Nominierungsprozess für die Mitglieder der nationalen Menschenrechtskommission. Vier der insgesamt sieben Nominierten

haben keinerlei Erfahrungen im Bereich Menschenrechte. Drei von ihnen sind zurzeit hochrangige Beamte, wodurch ihre Unbefangenheit fraglich erscheint. Ein anderer Nominierter ist ein Industrieller, der beschuldigt wurde die Isaan-Region zu verschmutzen. Bezüglich seiner Nominierung gab er bei einer Senatsanhörung

an, dass er die internationale Überwachung von Menschenrechten als eine Einmischung von externen Parteien in interne Angelegenheiten empfinde und diese Vorgehensweise ablehne. Dennoch verwundert es wenig, dass alle Nominierten ohne Einspruch bestätigt wurden. Es gab keinerlei Versuche Meinungsvielfalt unter den Kommissaren sicherzustellen oder Vertreter der Zivilgesellschaft, der Arbeiterbewegung und Umweltgruppen mit einzubeziehen. Die Kommissare verhielten sich wie die Senatoren, die in den letzten Tagen des Abhisit-Regimes ernannt wurden und sie werden vermutlich die gleiche Agenda verfolgen.

Internationale Wahrnehmung

Es herrscht immer noch eine Zweiteilung zwischen der Umsetzung von Menschenrechten und den Äußerungen Thailands auf dem internationalen Parkett. Teilweise scheint durch den Versuch das Gesicht zu wahren alles andere in den Hintergrund zu rücken,

sogar den Wunsch politische Opposition zum Schweigen zu bringen. Obwohl bekannt ist, dass die Zwischenfälle im Zuge der Drogenbekämpfungspolitik und Krue Sa Menschenrechtsverletzungen sind, die von dem ehemaligen Premierminister Thaksin Shinawatra angeordnet wurden, wurden diese Vorfälle nicht für den Militärputsch 2006 genutzt. Und dies obwohl die Behörden damals verzweifelt nach einem Vorwand suchten, die Regierung zu stürzen. Außerdem wurden kaum oder gar keine Versuche unternommen, die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen. Es ist daher davon auszugehen, dass das Eingeständnis, dass Menschenrechte verletzt wurden nicht nur die Täter, sondern auch das Land auf internationaler Ebene kompromittiert hätte. Die thailändischen Meinungsführer wurden folglich in ihren Behauptungen bestärkt, dass die Armee keine 100 Pro-Demokratie Anhänger getötet hat und dass die Armee ebenfalls keine Verantwortung für die tödlichen Zwischenfälle mit dem kambodschanischen Militär trägt.

Hinsichtlich der Einhaltung internationaler Übereinkommen verfährt man ähnlich; Erklärungen der Internationalen Arbeitsorganisation werden beispielsweise fast immer unterzeichnet, jedoch selten ratifiziert und kaum umgesetzt. Viele Beamte verfassen Berichte, die in erster Linie dem Stuserhalt des Königreichs dienen und erst in zweiter Linie internationale Fragen beantworten. Das Kyoto-Protokoll diente als Paradebeispiel Thailands Platz in der Welt zu demonstrieren und den politischen Fortschritt zu untermauern. Dass die Unterzeichnung aber insbesondere durch den Mangel an direkten Konsequenzen leicht fiel, blieb unerwähnt. Als Thailand einen Sitz im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen erhielt, wertete man dies als Zeichen der Anerkennung und Bestätigung, dass die thailändische Politik mit den Menschenrechten konform geht. Es wurde zur Nebensache, dass Thailand der einzige Kandidat für den Sitz war.

Es wird in Zukunft keine entscheidende Änderung ohne eine radikale Umstrukturierung des Staates geben. Zusätzlichen müssen zahlreiche Institutionen demokratisiert werden. Menschenrechte wurden bisher stets pro-staatlichen Elementen untergeordnet und es wurde behauptet, dass sie eine gefährliche Vorstufe für westliche Neo-Hegemonie seien. Die meisten Politiker scheinen sich nicht für abstrakte Themen begeistern zu können, zu denen Menschenrechte anscheinend immer noch zählen.

Übersetzung aus dem Englischen von Anja Turner.

